

Sven Jochem (Konstanz) über:

**Christian Rebhan: *North Atlantic Euroscepticism. The Rejection of EU Membership in the Faroe Islands and Greenland*, Tórshávn: Fróðskapur Faroe University Press 2016, 230 S.**

Die Europäische Union (EU) hat gegenwärtig Krisenkonjunktur. Neben der Finanz-, Euro- und Schuldenkrise oder (rechts)populistischen Infragestellungen des europäischen Integrationsprojektes hat vor allem der geplante Brexit des Vereinigten Königreiches den Glauben an eine immer weiter voranschreitende Integration Europas zutiefst erschüttert. Die EU wird gegenwärtig in höchstem Maße politisiert, über die europäische Integration und ihre konkrete Ausgestaltung wird intensiv gestritten. In diese politischen (und politikwissenschaftlichen) Auseinandersetzungen passt die Dissertation von Christian Rebhan zum Europa-Skeptizismus im Norden und vor allem zu den integrationspolitischen Weichenstellungen in Grönland und auf den Färöer Inseln vorzüglich.

Ausgehend von einer Diskussion der isländischen Europapolitik analysiert Christian Rebhan in seiner Dissertationsschrift die politischen Entscheidungen Grönlands, die EU zu verlassen (1982/1985), bzw. die wiederholt bekräftigten Entscheidungen der Färöer Inseln, der EU nicht beizutreten (1970–1974). Beide autonomen Regionen sind ehemalige dänische Kolonien, staatsrechtlich Teil des dänischen Königreiches, gleichwohl mit sehr weitreichender innen- und außenpolitischer Autonomie. Wirtschaftlich sind Grönland und die Färöer Inseln zum größten Teil vom Fischfang und der Fischwirtschaft abhängig. Insofern würde nach Christian Rebhan die klassische Hypothese des liberalen Intergouvernementalismus (geprägt vor allem durch die Schriften von Andrew Moravcsik) lauten, dass die ökonomischen Interessen schwerer wiegen sollten als politische oder kulturelle Interessen.

Diese Hypothese leitet das Erkenntnisinteresse von Christian Rebhan und seine drei Fragestellungen (S. 34); er überprüft sie anhand von verschiedenen Fallstudien, die sogenannte *critical junctures* im Integrationsprozess beider autonomen Regionen fokussieren (drei Fallstudien zu den Färöer Inseln, vier zu Grönland). Rebhans Hauptthese lautet, dass es weniger kurzfristige wirtschaftliche Interessen waren, die sich bei der Abwägung über politische Integrationsschritte in beiden Regionen durchsetzten und letztlich das Fernbleiben von der EU implizierten. Vielmehr argumentiert Christian Rebhan politikwissenschaftlich, wenn er vorwiegend politische und historisch geprägte Souveränitätsvorstellungen als entscheidend ansieht. Damit sieht er in fünf von sieben Fallstudien die Annahmen des liberalen Intergouvernementalismus als nicht bestätigt an (S. 196).

Mit seiner Dissertationsschrift legt Christian Rebhan ein Standardwerk zu den politischen Entscheidungsketten in der Europapolitik von Grönland und den Färöer Inseln vor. Dank der Auswertung einer Vielzahl von Quellen und Dokumenten gelingt es ihm, eine kausale Kette (»*process tracing*«) zu konstruieren, die unterschiedliche Interessen

## ANNOTATIONEN

und Intentionen in den jeweiligen politischen Debatten aufzeigt und diese kausal auf die Ausgestaltung der jeweiligen Europapolitiken bezieht. Die Leserschaft bekommt mit dieser Dissertation eine kompakte Studie zu den Entscheidungsgründen dieser *critical junctures* geboten. Die Arbeit ist zudem in einem vorbildlichen Englisch verfasst und steht damit einer großen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung (wenngleich zahlreiche Abkürzungen den Lesefluss eher stören, aber dies ist insbesondere in der europäischen Integrationsforschung leider sehr in Mode gekommen).

Zwei Punkte sind allerdings an der Dissertationsschrift von Christian Rebhan zu kritisieren. Zum einen reflektiert der Autor die vielfältigen empirischen Ergebnisse seiner Fallstudie nicht mit aller Schärfe zu Ende. Wenn die Grundannahme des liberalen Intergouvernementalismus nicht für die Mehrzahl der untersuchten Fälle zutrifft, was sind dann die Konsequenzen, die die Integrationsforschung daraus ziehen sollte? Welche anderen Theorien – und da gibt es ja einige – würden die Besonderheit des nordischen Euroskeptizismus besser erklären können? Mit diesen Fragen hängt zum anderen die Ambivalenz in der Argumentation des Autors zusammen, nicht immer trennscharf zwischen politischen und kulturellen Interessen zu unterscheiden. So argumentiert er, dass »North Atlantic Euroscepticism is not a consequence of shared historical roots or a common North Atlantic anti-European culture. The reason why all North Atlantic nations eventually ended up outside the EU was that the EU's fisheries policy was designed for the interests of the fishing industries in the EU's founding nations and not for the interests of the small and fish-dependent North Atlantic« (S. 198). Ein Vertreter des liberalen Intergouvernementalismus würde eben diese Passage zum Anlass nehmen, zu argumentieren, dass es dann doch wieder in letzter Instanz ökonomische Interessen seien, die ausschlaggebend für die Integrationsentscheidung sind, wenngleich in diesem Falle eher langfristig-spekulativer Natur und nicht kurzfristig-konkreter.

Sicherlich ist die Frage der Souveränität für die autonomen Regionen des Nordens in Verbindung mit ihrer ökonomischen Abhängigkeit vom Fischfang besonders brisant, weil eine Integration in die EU bedeuten würde, dass die dänische Regierung über die autonomen Regionen auf europäischer Ebene entscheiden würde und dies durch die integrationspolitische Hintertüre sozusagen wieder alte koloniale Zustände herstellen könnte. Dies würde somit den Status der (begrenzten) nationalen Souveränität unmittelbar zunichtemachen. Insofern hat Christian Rebhan Recht, wenn er auf die besonderen politischen Gründe hinweist, die den Austritt Grönlands aus der EU und den Nicht-Eintritt der Färöer Inseln erklären können. Allerdings erscheint die theoretische Konfrontation mit dem liberalen Intergouvernementalismus etwas konstruiert. In letzter Konsequenz argumentiert Christian Rebhan sozialkonstruktivistisch aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Denn die vorzüglich von ihm rekonstruierten Debatten in den beiden autonomen Regionen (ebenso wie die in der Schrift kursorisch gestreiften Debatten in Island oder Norwegen) kreisen stets um die kontingenten und von Machtbeziehungen beeinflussten Abwägungen zwischen ökonomischen und politisch-kulturellen Interessen. Dass die Dissertationsschrift von Christian Rebhan auf vorzügliche Weise über dieses höchst komplexe und historisch kontingente Zusammenspiel aufklärt, ist trotz der wenigen theoretischen Kritikpunkte das sehr große Verdienst des Autors.